

DOLLAR-KRISE



Währungsgespräch bei Kanzler Brandt*: „Es ist schon ein riesiger Mist“

Der Offenbarungseid

US-Präsident Richard Nixon hat mit seinem Radikalprogramm zur Rettung des Dollars den Welthandel in eine schwere Krise gestürzt. Der neue Yankee-Protektionismus trifft vor allem die deutsche Exportindustrie, die ein

Viertel des Volkseinkommens bestreitet. Doch die EWG-Minister in Brüssel zerstritten sich hoffnungslos über die Frage, wie der amerikanischen Herausforderung gemeinsam zu begegnen sei. Bonn rüstet zum Alleingang.

Die Krise mußte kommen. Jeder war gewarnt. Als sie kam, überraschte sie alle.

Westdeutschlands Industrie hatte den Krisenherd in kostentreibenden Lohnforderungen der Gewerkschaften vermutet, die Gewerkschaften ihre Arbeitgeber inflationärer Preistreiberei verdächtigt. Beide zusammen waren davon überzeugt, der große Krach breche über unmäßigen Etat-Anforderungen der Bonner Reformressorts an Karl Schillers Haushalt 1972 aus.

Doch das Wahrscheinliche geschah. US-Wahlkämpfer Richard Nixon suchte seinen Inflationsdollar zu retten, koste es die anderen, was es wolle. In

einem nationalökonomischen Parforce-Programm untersagte er den Umtausch von Dollar in Gold, stoppte Löhne und Preise und belegte die US-Einfuhr mit Schutzzöllen. Der am Dollar orientierte Welthandel geriet aus dem Gleichgewicht, das düpierte EWG-Europa in Panik, die deutsche Exportindustrie in Existenzangst.

In Bonn begann die Woche des Widersinns. Die Deutschen, schon seit langem in der Defensive gegenüber dem Inflationsdollar, behielten recht. Aber sie hatten den Schaden. Zum eigenen Schutz und um den Amerikanern beizustehen, hatten sie am 10. Mai bereits den Wechselkurs gegenüber dem Dollar freigegeben und die deutschen Exportgüter damit bis Ende vorletzter Woche

um acht Prozent verteuert. Am vergangenen Montag vergällten die Amerikaner den Freundesdienst mit weiteren zehn Prozent Importabgabe. Zudem muß Bonn im Herbst mit den härtesten Milliarden-Forderungen der Amerikaner für die Stationierung ihrer Truppen auf deutschem Boden rechnen.

Paradox auch: Die Sorgen der deutschen Exportindustrie wegen geringerer Absatzchancen und sinkender Erträge brauchen der Bundesregierung nicht einmal ungelegt zu kommen. Mit einem Einbruch müssen die Schlüsselindustrien der Nation rechnen, der Automobil- und der Maschinenbau, die Chemie, Elektrotechnik und Feinmechanik. Doch Wirtschaftsminister Karl Schiller ist entschlossen, ihnen Export-

* Am vergangenen Freitag im Bundeskanzleramt.



Dollar-Verteidiger Nixon (M.): Die Leitwährung dankte ab

subventionen vorzuenthalten (siehe Interview Seite 30). Er hofft, aus dem Fall des Dollars und den Nöten der Wirtschaft für sich und seine Regierung das Beste zu machen: „Eine Akzentuierung der Tendenzen, die auf Konjunkturberuhigung und Normalisierung gerichtet sind.“

Weltweite Schockwellen.

Die Woche endete mit einer dritten Ungereimtheit. Der in Brüssel bei der Suche nach einer gemeinsamen EWG-Antwort auf die US-Handelskriegs-erklärung gescheiterte Schiller fand in Bonn einen milden Richter. Während in Tokio und New York, London und Paris Devisenhändler einer scheinbar heilen Währungswelt nachtrauerten, empfing am Freitagnachmittag im Kreis enger Kabinettsvertreter Kanzler Brandt seinen Wirtschaftslenker ohne Groll: „Mon cher collègue.“

Beginnen hatte der Sechs-Tage-Krieg um den Dollar am vorletzten Wochenende, als Präsident Nixon den „interventionistischen Offenbarungseid“ (Deutsches Industrieinstitut) leistete:

▷ Mit der offiziellen Aufhebung der seit 27 Jahren geltenden amerikanischen Selbstverpflichtung, ausländischen Notenbanken gegen Vorlage von Dollar US-Gold zum Garantiekurs zu geben, erklärte Nixon die Abdankung des Dollars als unumschränkte Leit- und Reservewährung und lähmte die internationalen Devisenmärkte;

▷ mit dem gleichzeitig verfügten Lohn- und Preisstopp für vorerst 90

* Am Sonntag vorletzter Woche in Camp David mit (v. l. n. r.): Notenbank-Chef Burns, Schatzminister Connally, Budget-Direktor Shultz, Wirtschaftsberater McCracken.

Tage hob die US-Regierung das bis dahin geheiligte Laissez-faire-Prinzip auf und stärkte den weltweiten Zweifel an der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, mit marktwirtschaftlichen Mitteln die trabende Inflation zu stoppen und der Arbeitslosigkeit zu begegnen;

▷ mit der Einführung einer zehnprozentigen Einfuhrsteuer auf etwa die Hälfte aller Importgüter schürte das Kabinett Nixon die globale Angst der Export-Industrieländer vor Handelsbeschränkungen und wirtschaftlichen Schrumpfprozessen.

Die Entscheidung über „die umfassendste neue Wirtschaftspolitik seit vier Jahrzehnten“ (Nixon) fiel noch am Freitagabend vorletzter Woche in dem von Marine-Soldaten schwerbewachten

Präsidenten-Bungalow „Aspen Cottage“ in Camp David. Zuvor hatte Nixon-Berater Herbert Stein dem Nixon-Ghostwriter William Safire verraten: „Dies wird das wichtigste Wochenende der Wirtschaftsgeschichte seit dem 4. März 1933“ — dem Tag, an dem Franklin D. Roosevelt den „New Deal“ zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise verkündet hatte. Als Nixon die Beschlüsse nach zwei Tagen strengster Geheimhaltung am Sonntagabend im amerikanischen Fernsehen verkündete, lösten sie „weltweite Schockwellen“ (so die „International Herald Tribune“) aus.

Noch in der Nacht zum Montag beschlossen die Regierungen der meisten westlichen Industrieländer, ihre Devisenbörsen geschlossen zu halten. Lediglich die Bank von Japan kaufte vergangene Woche in großem Umfang Dollar auf. Europas Staats- und Regierungschefs riefen ihre Minister — zum größten Teil aus dem Urlaub — zu Sondersitzungen in die Hauptstädte.

In Tokio kam es zum größten Kurseinbruch seit Gründung der Börse. Auch an den europäischen Effektenbörsen verloren die Aktien vornehmlich exportierender Firmen fünf bis zehn Prozent ihres Kurswertes.

Amerikanische Touristen mußten plötzlich feststellen, daß ihre Dollar — einst so gut wie Gold — nur noch mit erheblichen Abschlägen oder überhaupt nicht mehr angenommen wurden. Taxifahrer in Paris und Madrid werteten die US-Valuta nach eigenem Gusto um zehn bis 15 Prozent ab.

Im römischen Luxushotel Parco dei Principi sank der Dollarkurs von 620 Lire am Freitag vorletzter Woche auf 550 Lire am Montag. „Ich tausche keine Dollar zu 550 Lire“, empörte sich US-Touristin Barbara Lief aus Chicago, „und wenn ich verhungere.“



Dollar-Gegner Giscard d'Estaing: Die EWG vertagte sich

Ein Sprecher der First National City Bank in Rom erklärte: „Wenn Touristen bei uns Dollar eintauschen wollen, müssen wir ihnen sagen: Tut uns leid, wir tauschen überhaupt keine Dollar mehr — weil wir einfach nicht wissen, was er noch wert ist.“

In London stöhnte die Touristin Ira Drazener aus Woodmere im Staate New York: „Ich bin völlig entsetzt. Die amerikanische Währung ist doch heilig, nicht wahr? Unsere Dollarnoten tragen schließlich das Bild unseres meistgeliebten Präsidenten. Wir hielten sie für das Symbol der Sicherheit — und nun können wir nichts mit ihnen anfangen.“

„Schwere Belastung für die deutsche Wirtschaft.“

Die Entscheidung der US-Regierung, Importe mit zehn Prozent Sondersteuer zu belegen, löste vor allem bei westdeutschen Firmen und Verbänden Erschrecken aus. Das Deutsche Industrieinstitut, Sprachrohr der Unternehmer, kommentierte, dies könne zum „Ruin des deutschen Amerika-Exports“ führen.

„Ich halte im Augenblick jegliche Prophezeiung für unseriös, aber ich habe das Gefühl, es wird eine schwere Belastung für die deutsche Wirtschaft“, orakelte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Franz Heinrich Ulrich. „Der gereizte Riese USA zeigt, was eine Harke ist.“

Die Nachricht von Nixons hemdsärmeligem Rettet-den-Dollar-Programm war in der Führungszentrale des größten europäischen Handelspartners der USA, der zweitgrößten Handelsnation der Welt, nur in Raten angekommen.

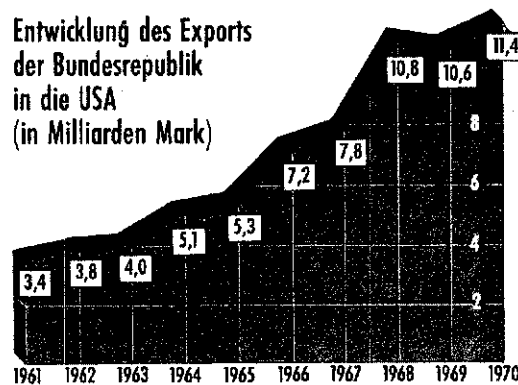
Ahnungslos hatte Kanzleramtsminister Horst Ehmke am vergangenen Montagvormittag um neun Uhr die kleine Lage im Palais Schaumburg zusammengerufen, um mit der Bonner Stallwache die Tagesroutine durchzugehen. Erster und einzig wichtiger Punkt der Ehmke-Agenda: die Berlin-Lösung der Woche.

Allein Presse-Staatssekretär Conrad Ahlers fuhr Willy Brandts Hausmeier ins Wort: Zunächst müsse doch wohl über die Währungsfrage gesprochen werden. So erfuhr schließlich auch der Vormann im Kanzleramt — sieben Stunden nach der sensationellen Nixon-Rede, vier Stunden nach den ersten Radio-Meldungen und drei Stunden nachdem im Presseamt der erste „Nachrichtenspiegel“ zusammengestellt worden war —, daß die Amerikaner den Deutschen den Handelskrieg erklärt hatten.

Während sich die Kanzleramts-Lage aus Agenturmeldungen ein erstes Bild der Lage zu machen suchte, verlangte

GEFAHREN FÜR DAS USA-GESCHÄFT

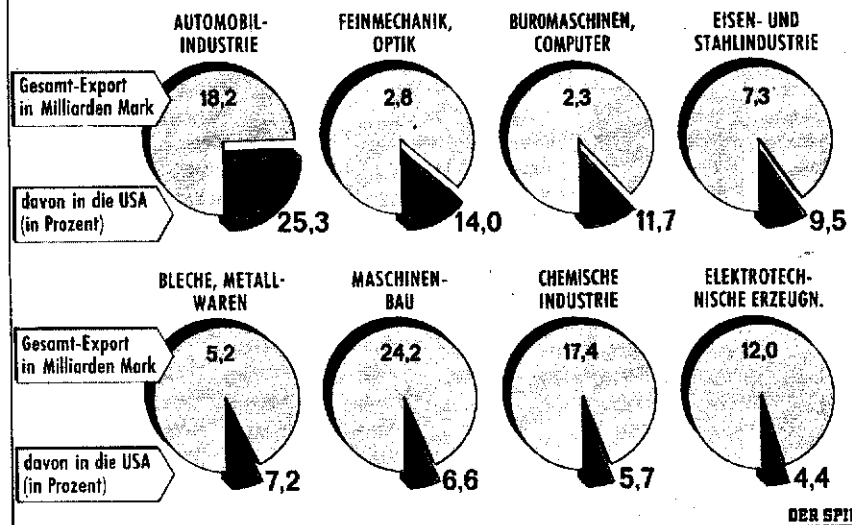
Entwicklung des Exports der Bundesrepublik in die USA (in Milliarden Mark)



Export der Bundesrepublik 1970



Von ihrem Gesamtexport lieferten die wichtigsten Industriezweige Westdeutschlands in die USA:



DER SPIEGEL

die Bonner US-Botschaft vergebens nach Sitzungsteilnehmer Karl Otto Pöhl, Abteilungsleiter Wirtschaft im Bundeskanzleramt. Um 10.30 Uhr wurde US-Handelsattaché Charles G. Wootton zu dem Ministerialdirektor vorgelassen. Nun endlich konnte der betretene Amerikaner einen Brief seines Präsidenten an Bundeskanzler Willy Brandt loswerden. Zu Mittag — die Devisenbörsen waren inzwischen längst geschlossen — tickte die Nixon-Botschaft in Willy Brandts Urlaubsquartier Sonnenland auf der Nordseeinsel Sylt ein.

Am Nachmittag um 16 Uhr erfuhr es Karl Schillers Chefberater, Staatssekretär Johann Baptist Schöllhorn, aus Expertenmund. In der Privatwohnung des stellvertretenden Londoner US-Botschafters Joseph N. Greene eröffnete Nixons Finanzstaatssekretär Paul Volcker den eilig eingeladenen europäischen Währungsexperten, daß die USA sich die geplante Einfuhrabgabe auf keinen Fall wieder ausreden lassen würden: „Ich bin nicht hier, um zu verhandeln.“

Auf der Wahner Heide schließlich, dem Bonner Regierungsflughafen,

weilte England-Heimkehrer Schöllhorn Ungarn-Heimkehrer Karl Schiller in Details der neuen Nixon-Doktrin ein.

Am Dienstag bat Sylt-Urlauber Willy Brandt einen kleinen Krisenrat in seine Urlaubsresidenz. Hausfrau Rut kochte Kaffee für die im Hansa-Jet eingeflogenen Berater Schiller, Ehmke und Schöllhorn.

Doppelminister Schiller reagierte auf die Handelskriegs-Erklärung des amerikanischen Präsidenten zwiespältig. Bedrückt beklagte er sich bei seinem Kanzler, daß die große Welthandelsnation wider alle ökonomische Vernunft ihre Zuflucht zu dem längst totgeglaubten Protektionismus suche.

Zuflucht zum Protektionismus.

Zugleich frohlockte der deutsche Chef-Ökonom, wie recht er doch wieder einmal behalten habe:

▷ Die rechtzeitige Freigabe des Wechselkurses der Mark im Mai dieses Jahres habe den weiteren Zustrom kranker Dollar in die Bundesrepu-

blik verhindert und die deutsche Wirtschaft vor der Infektion mit dem amerikanischen Inflationsbazillus bewahrt.

- ▷ Sein ebenfalls aus dem Mai datierender Vorschlag, die EWG-Europäer sollten gemeinsam mit Bonn ihre Währungs-Kurse gegenüber dem Dollar freigeben, hätte die Wirtschaftsgemeinschaft vor dem jetzt ausgebrochenen Handelskrieg bewahren können.

Damals hatten sich insbesondere die prestigebewußten Franzosen gegen Schillers Währungsrezept gewehrt. Den deutschen Alleingang hatte der EWG-Ministerrat auf ihr Betreiben gar als gemeinschaftsgefährdend diffamiert.

Schiller hatte die sechs EWG-Länder zu einem Währungsblock zusammen-schweißen wollen. Merkmal dieses Blocks: feste Wechselkurse zwischen Mark, Franc, Gulden und Lira, schwe-

Hätten die Europäer damals auf Schiller gehört, wären die EWG-Währungen genauso wie die Mark seit Mai für Dollar-Spekulanten nicht mehr interessant gewesen. Die Vereinigten Staaten hätten möglicherweise auf den abrupten und für Europas Exportindustrie gefährlichen Rückzug hinter Handelssperren — ihre De-facto-Abwertung — verzichten können.

Die späte Genugtuung des Rechthabers Schiller freilich wurde vom Zweifel getrübt, ob er der deutschen Wirtschaft nicht zuviel zugemutet habe. War schon mit der Freigabe des Wechselkurses der Mark im Mai für die Exporteure das Handikap eines Aufwertungseffekts von zuletzt acht Prozent aufgebaut worden, so erhöhten die Amerikaner jetzt die Hürde um weitere zehn Prozent.

Nach seiner Rückkehr von Brandts Kaffeetafel im Sylter Sonnenland meditierte Schiller: „Es ist schon schlimm.“

noch jede Durchführungsbestimmung der Nixon-Beschlüsse und sogar die Berechnungsgrundlage für die Importsteuer, beispielsweise ob diese Abgabe auf den Verkaufspreis der Waren in den USA gilt oder auf den Einfuhrpreis ab US-Grenze.

Rolf Magener, Finanzchef des Ludwigshafener Chemietrusts BASF: „Das ganze Grundgefüge ist ins Schwanken gekommen. Präzise können wir überhaupt noch nichts kalkulieren.“ Unterdes verbreitete sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände per hektographiertem Rundbrief über „die Gefahr einer rezessiven Entwicklung“ und „die Gefährdung der Beschäftigung“. Der Chemie-Konzern BASF errechnete, die amerikanische Importsteuer werde seinen Jahresertrag (US-Exporte: rund 100 Millionen Mark) um etwa 13 Millionen Mark schmälern.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag forderte durch seinen Sprecher Otto Wolff von Amerongen die „sofortige Prüfung aller Möglichkeiten, um die schwierige Lage der betroffenen Exportwirtschaft zu erleichtern“.

Ob die Ängste in vollem Umfang begründet sind, steht dahin. Zu Befürchtungen ist jedenfalls genügend Anlaß. Denn von den gesamten westdeutschen Ausfuhren des vergangenen Jahres in Höhe von 125 Milliarden Mark entfielen auf die USA immerhin 11,4 Milliarden Mark — fast zehn Prozent.

Da auch andere wichtige Handelspartner von den US-Restriktionen betroffen sind, könnte — so fürchtet die deutsche Exportindustrie — auch das Geschäft mit diesen Handelspartnern leiden. Überdies müssen auch die deutschen Zulieferindustrien für die ausfuhrorientierten Großbetriebe Einbußen gewärtigen. Warnte Siemens-Chef Gerd Tacke über Fernschreiben: „Mit weitreichenden indirekten Wirkungen ist zu rechnen.“

Zudem werden sich die Belastungen bei einigen Industrie-Zweigen und ihren Zulieferern konzentrieren. So exportierte 1970 beispielsweise die Automobilindustrie für 4,6 Milliarden Mark Autos in die USA, lieferten deutsche Chemie-Unternehmen für rund eine Milliarde Mark Chemikalien und Pharmazeutika und verkauften die deutschen Maschinenbauer für rund 1,6 Milliarden Mark Anlagen in die Vereinigten Staaten (siehe Graphik Seite 21).

25,3 Prozent der deutschen Export-Autos werden in den USA angelandet. Das Wolfsburger Volkswagenwerk, größter deutscher Exporteur, verkauft sogar nahezu ein Drittel seiner in heimischen Fabriken hergestellten VW's auf dem US-Markt. VW-Chef Lotz schon vor Jahren: „Die einseitige Ausrichtung auf Amerika macht etwas Sorge.“

Abhängig vom amerikanischen Markt ist auch die dem Wolfsburger verbun-



Geschädigte US-Touristen in London: „Wir wissen nicht, was der Dollar noch wert ist“

bende Paritäten dem Rest der Welt, insbesondere den USA gegenüber.

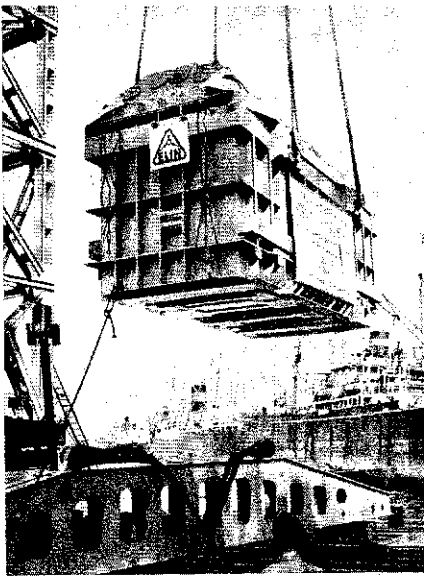
Die Flucht aus dem US-Dollar in die wertbeständigen europäischen Währungen wäre damit erschwert worden, weil ein Dollar-Überangebot sofort den Preis der amerikanischen Währung gedrückt und die Spekulanten abgeschreckt hätte. Ein Beistandspakt zwischen den nationalen Notenbanken sollte verhindern, daß die Spekulation eine europäische Währung gegen die andere ausspiele.

Gerade dieses Hilfsangebot aus Bonn war den Franzosen suspekt erschienen. Denn sie mußten erwarten, wegen des Ungleichgewichts zwischen der starken Mark und dem relativ schwächeren Franc permanent auf die Hilfe der Frankfurter Bundesbank angewiesen zu sein.

Knappe Schöllhorn sekundierte: „Eigentlich müßte ich wegen meines Amtes behaupten, es sei gar nicht so schlimm, aber es ist schon ein riesiger Mist.“

„Wir können überhaupt nicht kalkulieren.“

In der letzten Woche hasteten die Exportmanager bei Groß- und Kleinbetrieben von einer Konferenz zur anderen, hektische Fernschreiben wechselten zwischen deutschen Fabriken und ihren amerikanischen Dependancen oder Geschäftsfreunden hin und her, und ganze Stabsabteilungen waren mit der Berechnung möglicher Folgen blockiert. Denn am Wochenende fehlte den Managern



Geschädigter Maschinen-Export
„Der gereizte Riese zeigt ...“

dene Stuttgarter Sportwagenfirma Porsche, die rund 40 Prozent ihrer Renommier-Flitzer teuer an amerikanische Fans verkauft.

Von der Kundschaft mit dem feinen Geschmack profitiert auch die benachbarte Daimler-Benz AG, die zehn Prozent ihrer Personenwagen, vorwiegend Exemplare der vornehmen Sechszylinder und Achtzylinderklasse, nach Amerika verschickt. Ebenfalls zehn Prozent seiner Personenwagen-Fertigung verschifft die Münchner Autofabrik BMW nach den USA.

Snob-Autos wie Porsche, BMW und Mercedes werden von US-Bürgern, die ihre großvolumigen Fünfeinhalbmeterkaleschen satt haben, ohnehin weitergekauft, auch wenn sie dank der Importsteuer teurer würden.

Wahrscheinlich werden sie aber gar nicht teurer. Während Importautos an der Grenze mit 6,5 Prozent Importabgabe belastet werden — der bereits bislang fällige Zoll von 3,5 Prozent wird angerechnet — wird ihnen im Lande selbst die von Nixon jetzt abgeschaffte Sieben-Prozent-Kaufsteuer erlassen. Deutsche Autos können, so das Bonner Bundesfinanzministerium, daher in den USA künftig sogar um ein halbes Prozent billiger angeboten werden.

Da die US-Autos künftig ebenfalls von der Kaufsteuer entlastet sind, werden Import-Fahrzeuge gleichwohl durch Nixons Schutzzoll benachteiligt. Die US-Autofirmen können ihre Preise wesentlich mehr senken als die deutschen. Ford-Chef Henry Ford II erwartet denn auch schon für seinen Autotruster das beste Geschäftsjahr der Firmengeschichte.

Viel mehr Angst als vor Nixon haben Deutschlands Autobosse vor einer endgültigen Aufwertung der Mark nach dem Ende des Floating. Ähnliche Sorgen haben auch Westdeutschlands Maschinenbauer, die 7,2 Prozent ihrer Exporte in die Vereinigten Staaten schicken. Dr. Justus Fürstenau, Leiter der Außenhandelsabteilung des Maschi-

nenbau-Verbandes, warnte davor, die Ausfuhr durch Währungsmanipulationen ständig mehr zu belasten: „Der Export ist wie eine Brücke, die sich nicht langsam biegt, sondern da gibt es einen Krach, und das Ganze liegt im Bach.“

Betroffen sind auch die Elektroindustrie, die Feinmechanik und Optik, die Hersteller von Metallwaren und Schmuckwaren sowie die Uhrenfabrikanten. Beispielsweise macht die optische Fabrik Carl Zeiss aus dem württembergischen Oberkochen ein Viertel ihres Gesamtumsatzes von 1,3 Milliarden Mark mit den Amerikanern. Nahezu das gesamte Programm der Weltfirma ist von den US-Restriktionen betroffen. Klagte Horst Skoludek, Bevollmächtigter des Vorstandes: „Sie können so was nicht mehr mit Qualität überspielen, das klappt einfach nicht.“

Mit einem Bettelbrief und durch Unterschriftensammlung wollen die Produzenten chirurgischer Instrumente den Finanzminister Karl Schiller um Staatshilfe angehen. Von den rund 280 Kleinbetrieben der Branche im württembergischen Tuttlingen machen allein 200 über 80 Prozent ihres Geschäfts mit den USA, einzelne Familienwerkstätten sogar 100 Prozent. Die lohnintensive Kleinbranche glaubt, nach diesen neuerlichen Belastungen der Konkurrenz nicht mehr gewachsen zu sein.

„Das Yankeetum paßt mir gar nicht.“

„Eine neue Ära im internationalen Wettbewerb beginnt“, wertet Deutsch-Bankier Ulrich die im Gespräch mit seinen Geschäftsfreunden aus der Großindustrie gewonnenen Erfahrungen der



Geschädigter Metall-Export
„Da gibt es einen Krach“



Geschädigter VW-Export
... was eine Harke ist“

letzten Tage. Die Industriellen klagten dem Geldmann ihre Sorge, die US-Restriktionen könnten bald in anderen Staaten Nacheiferer finden. So befürchtet das Haus Siemens in München ein „Signal für Nachahmer“. Das Nixon-Signal wiegt nach Ansicht der Münchner Manager um so schwerer, als Siemens in jüngster Zeit in einigen Ländern einen vermehrten Hang zum Protektionismus feststellte.

Mehr noch als die großen Unternehmen, die häufig nur mit geringen Umsatzanteilen im US-Markt stehen (Siemens: drei Prozent der Exporte, Bosch: neun Prozent), klagen die Mittelbetriebe und kleinen Familienunternehmer der betroffenen Branchen. „Das trifft uns schon hart“, meinte beispielsweise letzte Woche Eberhard Scheele, Vorstandsmitglied der renommierten Schneidwarenfabrik J. A. Henckels Zwillingswerk AG in Solingen aus dem Industriebereich der Familie Werhahn. Denn rund ein Siebtel der Exporte aller Solinger Schneidwaren-Hersteller fließt in die USA, und nur eine Solinger Firma, Daniel Peres, war letzte Woche sorgenfrei, weil sie keine US-Geschäfte macht. Peres-Geschäftsführer Ernst Riemscheid: „Das Yankeetum paßt mir gar nicht.“

Ähnliche Klagen wie aus Solingen werden bei den deutschen Uhrenherstellern im Schwarzwald laut, bei den Pforzheimer Schmuckwarenfabriken und den Herstellern von Spielwaren. So lieferte die württembergische Schlafzimer-Firma Steiff mehr als die Hälfte aller Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Steiff-Prokurist Manfred Haag: „Die Geschichte nagt an den Knochen.“

Die Unsicherheit der Industriellen ergriff letzte Woche auch die privaten Besitzer von Wertpapieren. Denn ihre Fonds-Manager konnten den Wert der US-Zertifikate nicht errechnen, weil es keinen offiziellen Devisenkurs gab. Brauchte ein Investment-Sparer letzte



Inflationsherd Vietnamkrieg: Erbe der Vergangenheit

Woche plötzlich Geld und mußte verkaufen, so blieb er auf seinen Papieren sitzen.

Käufer amerikanischer Aktien, die vergangene Woche an dem Kursaufschwung der Wallstreet verdienen wollten, mußten in Dollar bezahlen, für die es keinen offiziellen Kurs gab. So schufen sich die Banken einen grauen Dollar-Markt, auf dem die kränkelnde US-Währung unter der Hand mit 3,35 bis 3,37 Mark gehandelt wurde. Die Devisen stammten aus den Dollar-Konten jener Kunden, die froh waren, wenn sie die amerikanischen Geldscheine gegen deutsches Hartgeld einwechseln konnten. Der Umtausch am Bankschalter nämlich war auf 50 Dollar pro Kopf beschränkt.

Während die deutsche Wirtschaft trauerte, jubilierten die Bosse in den Vereinigten Staaten. „Hervorragend“, bewertete E. B. Barnes, Präsident des US-Chemiekonzerns Dow Chemical, die Nixon-Maßnahmen. „Kühn, energisch und entschlossen“, lobte Raymond C. Firestone, Chef des Konzerns Firestone Tire & Rubber Co. Selbst Nobelpreis-Ökonom Paul A. Samuelson vom Massachusetts Institute of Technology, einer der schärfsten Kritiker Nixons, war zum erstenmal mit der Politik des Republikaners Nixon zufrieden: „Wir stehen heute besser da“, erklärte er am Montag früh, „als noch am Freitagabend.“

„Die Geschicht' nagt an den Knochen

Wallstreet-Experte Pierre A. Rinfret, der einst Nixon während des Wahlkampfes beraten, sich dann aber von dem Mann im Weißen Haus distanziert hatte, bekundete gar: „Zum erstenmal seit über drei Jahren bin ich stolz darauf, ein republikanischer Ökonom zu sein.“

Freilich: Was Nixon und seine Anhänger als die richtige Antwort auf „die Herausforderung des Friedens“ feierten, ist in Wahrheit die wirtschafts-

politische Bankrotterklärung der republikanischen Administration.

Knapp ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl (siehe Seite 64) steckt die amerikanische Wirtschaft in einer schier ausweglosen Krise.

Seit dem Amtsantritt Nixons im Januar 1969 stieg die Zahl der arbeitslosen Amerikaner von 2,6 Millionen auf 5,3 Millionen. Gleichzeitig hielt der Geldwertschwund — ein Erbe aus der Zeit der Johnson-Administration und des Krieges in Vietnam — mit unvermindertem Tempo an. Noch im Juni kletterten die Verbraucherpreise — auf Jahresbasis umgerechnet — mit einer Rate von sechs Prozent — genauso rasch wie Anfang 1969.

Lange Zeit hatte Nixon versucht, den katastrophalen Kaufkraftschwund des Dollars vor allem mit extrem hohen Zinsen und drastischer Liquiditätsverknappung zu stoppen. Doch statt die Preise zu senken, drosselten Amerikas Unternehmer nur ihre Produktion und entließen immer mehr Arbeitskräfte.



Krisenherd Arbeitslosigkeit: Wirtschaftspolitischer Bankrott

Die geldpolitische Roßkur führte geradewegs in die Rezession. Im Spätherbst vergangenen Jahres schaltete daher Nixon auf Expansion um. Optimistisch verhielt er eine „neue Prosperität“ — eine Ära ohne Arbeitslosigkeit und Inflation. Mit billigeren Krediten und höheren Staatsausgaben werde er nun einen raschen Aufschwung einleiten.

„Preisstopp ist reine Kosmetik.“

Doch die geld- und fiskalpolitischen Anreize brachten nicht den gewünschten Erfolg. Denn Amerikas Unternehmer und Konsumenten, an Fehlprognosen aus dem Weißen Haus gewöhnt, mißtrauten den Verheißungen ihres Präsidenten. Sie hielten sich auch weiterhin mit Investitions- und Verbrauchsausgaben zurück.

Die US-Wirtschaft erholte sich daher langsamer als erwartet vom Tiefpunkt der Rezession im November vergangenen Jahres. Letzten Monat sank die Produktion der amerikanischen Industrie sogar um 0,8 Prozent gegenüber Juni ab. Als Nixon erkennen mußte, daß auch die Arbeitslosenquote (derzeit 5,8 Prozent) bis zu den Wahlen nur auf fünf Prozent sinken würde, entschloß er sich zu einer Kehrtwendung seiner bisherigen Politik.

Der Mann, der noch vor sieben Wochen sogar unverbindliche Lohn- und Preisleitlinien als zu dirigistisch abgelehnt hatte, holte nun die schärfste Waffe aus dem Werkzeugkasten der Zwangswirtschaft — einen totalen Lohn- und Preisstopp.

Der Chicagoer Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman, dessen ökonomischem Konzept Richard Nixon bisher gefolgt war, qualifizierte den

Lohn- und Preisstopp als „reine Kosmetik“ ab. Friedman: „Der Lohn- und Preisanstieg wird nun nur verschleiert, nicht aber verhindert. Unsere Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und aus anderen Zeiten lehren, daß die Leute immer Auswege finden werden, den Stopp zu umgehen.“

Drastischer drückte Gewerkschafts-Haudegen George Meany, Vorsitzender des Dachverbandes der US-Gewerkschaften, seine Besorgnis aus: Die „Beschissenen“ seien doch nur die Arbeiter. Andere Gewerkschaftsführer forderten ihn auf, einen eintägigen Generalstreik als Protest gegen den Lohnstopp auszurufen. Leonard Woodcock, Vorsitzender der mächtigen Automobilarbeitergewerkschaft, drohte: „Wenn die Krieg haben wollen, dann können sie Krieg haben.“

Tatsächlich sind bei einem Lohn- und Preisstopp die Arbeitnehmer stets die Dummen, weil sich Tarifverträge leichter überwachen lassen als der unübersichtbare Wirrwarr der Preise. So verläßt sich Nixon denn auch vor allem auf den Druck der öffentlichen Meinung gegen Preisbrecher. Denn das mit der Lohn- und Preisüberwachung beauftragte Office of Emergency Preparedness (etwa: Amt für Bereitschaftsdienst in Notfällen) ist nur für Katastrophen trainiert, die durch höhere Gewalt ausgelöst werden: Die kleinste Regierungsbehörde Amerikas, von Brigadegeneral George A. Lincoln geführt, setzte seine 325 Mitarbeiter bisher nur bei Erdbeben, Hurricanes oder Überschwemmungen in Marsch. Die New Yorker Zeitung „Daily News“ nannte daher das Amt bereits „Office of Unpreparedness“.

Im Schutz des Lohn- und Preisstops will Nixon bis zu den Wahlen die Wirtschaft ankurbeln. Um die stagnierende Nachfrage nach Automobilen anzukurbeln, schaffte er die siebenprozentige Kaufsteuer für Automobile ab und machte damit Preissenkungen um 200 Dollar je Wagen möglich (Nixon: „100 000 zusätzlich verkaufte Autos bedeuten 25 000 neue Jobs“).

Darüber hinaus will das US-Schatzamt jedem Unternehmen, das mit seinen Investitionen unmittelbar neue Arbeitsplätze schafft, einen zehnprozentigen Steuerbonus gewähren.

Freilich, was Nixon gibt, nimmt er auch wieder: Aus Angst vor einem allzu großen Budget-Defizit (derzeit: über 20 Milliarden Dollar) will Nixon die Staatsausgaben um 4,7 Milliarden Dollar kürzen — durch Entlassen von fünf Prozent seiner Beamten (140 000 Männer und Frauen), eine zehnprozentige Kürzung der Auslandshilfe und die Zurückstellung bereits angekündigter Sozialreformen.

Auch der Effekt der zehnprozentigen Importsteuer auf die amerikanische

Wirtschaft ist ambivalent: Sie schützt zwar fußkranke US-Industriezweige (wie etwa die Schuhindustrie) vor billigen Auslands-Importen, schädigt aber den amerikanischen Verbraucher, der nun teure US-Produkte kaufen muß.

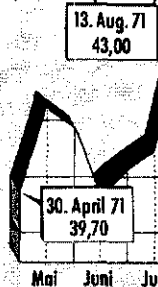
Ebenso inkonsequent handelte Richard Nixon in der Währungspolitik: Einerseits hob er die Verpflichtung des US-Schatzamtes, Dollar ausländischer Zentralbanken gegen Gold einzutauschen; auf. Andererseits aber ließ er den offiziellen Goldpreis (eine Unze Feingold = 35 Dollar) bestehen.

ben der Statuten des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach zu Recht — auf dem Standpunkt, die Franc-Parität weder gegenüber dem Dollar noch gegenüber dem Gold ändern zu müssen, solange die Amerikaner nicht gegenüber dem Gold abwerten. „Die Bank von Frankreich hält sich an die loyale Anwendung des (geltenden) Währungssystems.“

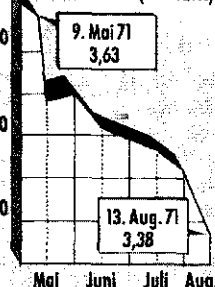
In Wahrheit freilich fürchten die Franzosen, durch ein Abrücken von der — gegenwärtig nur noch fiktiven — Franc-Parität ihre Wettbewerbsfähig-

SYMPTOME DER DOLLAR-KRANKHEIT

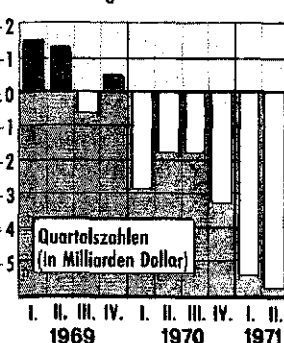
Anstieg des Goldpreises (in Dollar je Unze)



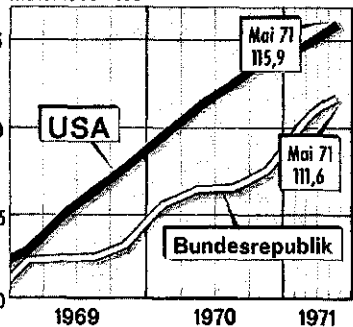
Dollarkurs nach Freigabe des Mark-Wechselkurses (in Mark)



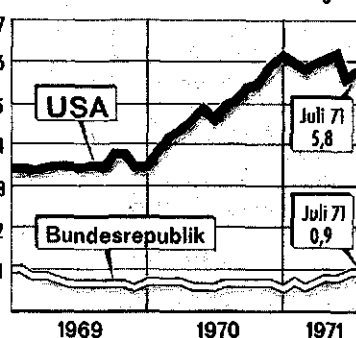
US-Zahlungsbilanz-Saldo



Anstieg der Verbraucherpreise Index 1968=100



Arbeitslose in Prozent der Erwerbstätigen



Damit schaffte er bei seinen Handelspartnern eine Konfusion bisher ungekannten Ausmaßes und setzte das internationale Währungssystem bis auf weiteres außer Kraft. Denn hätte er den Goldpreis erhöht, wären seine ausländischen Handelspartner gezwungen gewesen, auch ihrerseits etwas zu tun — sie hätten entweder gegenüber dem Dollar aufwerten (beziehungsweise die Wechselkurse frei pendeln lassen) oder aber ihre Währungen gegenüber dem Gold abwerten müssen.

„Diese Merkantilisten kriegten das Grausen.“

So aber können die US-Handelspartner entweder beides oder gar nichts tun. Frankreich etwa steht — dem Buchsta-

keit auf dem Weltmarkt zu mindern. „Diese Merkantilisten“, schimpfte Bundesbank-Vizepräsident Otmar Emminger, „kriegten schon das Grausen, wenn sie an vier bis fünf Prozent Aufwertung denken.“

Überdies argwöhnt Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing, ein französischer Verzicht auf den festen Dollar-Kurs des Franc könnte zu einer Vorherrschaft der Mark in Europa führen. Giscard: Frankreich sei „nicht bereit, nach der Vorherrschaft des Dollars eine Vorherrschaft der Mark“ zu akzeptieren — die alte nationale Rivalität anstatt europäischer Vernunft.

Dabei gleicht das internationale Währungssystem, an dessen Buchstaben sich die Franzosen nun klammern, bereits seit langem „einer Leiche“, wie der amerikanische Ökonom Robert Triffin

Be Verantwortung für das Gemeinwohl auf. Denn mit ihren Empfehlungen mutet die Regierung den Gewerkschaften zu, sich marktwidrig zu verhalten: Gerade in Zeiten der Hochkonjunktur, wenn hohe Gewinne erzielt werden und Arbeitskräfte knapp sind, sollen die Gewerkschaften auf höhere Löhne verzichten.

Die westdeutschen Professoren Wilhelm Krelle und Joachim Klaus plädieren deshalb dafür, ein wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium mit verbindlichen Beschlüssen und Sanktionen zu schaffen: etwa „eine Art Lohnamt ... bei dem staatliche Stellen, die Bundesbank und die Sozialpartner über den Ecklohn verhandeln und ihn festsetzen in derselben Weise, in der der Diskontsatz als der Eckzinssatz festgesetzt wird“ (Krelle).

Die meisten Erfahrungen mit einer staatlichen Einkommenspolitik sammelten die Niederländer. Sie fixierten nicht allein den Ecklohn, sondern reglementierten die gesamte Lohnstruktur. Durch staatlich festgesetzte Mieten, Preiskontrollen, Dividendenstopp und Bindung der Staatsausgaben an den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs versuchten die Haager Wirtschaftsplaner, auch die übrigen Einkommen zu steuern. Aber auch dieses bisher umfassendste System konnte weder Gewinn- und Lohnexplosion noch inflationäre Preisentwicklungen verhindern.

Die einkommenspolitischen Experimente anderer Länder scheiterten zu meist daran, daß sie zu spät eingeführt wurden. Denn die Regierungen versäumten, die übersteigerte Nachfrage gleichzeitig durch geld- und finanzpolitische Maßnahmen einzudämmen.

Selbst Befürworter von Lohn- und Preis-Leitlinien gestehen ein, daß trotz mehr oder weniger ausgetüftelter Konzepte für die Berechnung von Lohnleitlinien bisher noch keine allgemein akzeptierte Formel gefunden worden ist. Denn Formeln, die etwa den Lohn an den Produktivitätszuwachs binden, zementieren die gegebene Einkommensverteilung. Sie werden daher von den Gewerkschaften abgelehnt.

Richard Nixon, von dem Chicagoer Ökonomen Milton Friedman beraten, galt bis zum vorletzten Wochenende als entschiedenster Gegner auch der leichtesten einkommenspolitischen Maßnahmen. Nun griff er gleich zum schärfsten einkommenspolitischen Mittel, dem zwangswirtschaftlichen Lohn- und Preisstopp — und überholte damit seine härtesten Kritiker der demokratischen Opposition.

Kurzfristig mag sich der Republikaner damit Ruhe an der Inflationsfront verschafft haben — langfristig aber ist das Problem der Stagflation weiterhin ungelöst.

schon vor Jahren konstatierte, die „nur noch nicht begraben“ sei — entgegen dem denkwürdigen Ausspruch des ehemaligen US-Finanzministers Henry Fowler, der 1968 in Bonn behauptete: „Das Gold ist die Sonne, der Dollar der Mond, diese Distanz ist unveränderlich.“

Denn das System hatte nur so lange reibungslos funktionieren können, wie das Leitwährungsland USA „seine Rolle als internationaler Bankier zu spielen wußte“ (so der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Herbert Giersch). Wichtigste Voraussetzung hierfür: Das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz, über das die übrige Welt mit internationaler Liquidität versorgt wird, muß in einem angemessenen Verhältnis zu den amerikanischen Goldbeständen stehen.

Doch vor allem durch Militär- und Wirtschaftshilfe, Stationierungskosten der US-Streitkräfte im Ausland, Vietnamkrieg und private Auslandsinvestitionen — alles, was Amerika zur ersten Weltmacht machte — wurde ein riesiger Berg von Auslandsschulden aufgetürmt. Allein im ersten Halbjahr 1971 klappte in Amerikas Zahlungsbilanz ein Loch von 11,3 Milliarden Dollar — größer als die Zahlungsbilanzlücke des vergangenen Jahres.

Papiergold als Rettung?

Die US-Goldbestände in Fort Knox sanken von 22,8 Milliarden Dollar 1950 auf unter zehn Milliarden Dollar. Gleichzeitig sammelten sich allein bei den EWG-Notenbanken Währungsreserven (Dollar und Gold) im Wert von 31,2 Milliarden Dollar an. 1950 waren es nur 3,1 Milliarden Dollar gewesen.

Damit war der Weltbankier USA schon seit Jahren zahlungsunfähig, die Dollarreserven der US-Handelspartner nur noch Makulatur. „Die Amerikaner drucken Papiergeld auf unsere Kosten“, schimpfte Bonns Schiller schon vor Monaten.

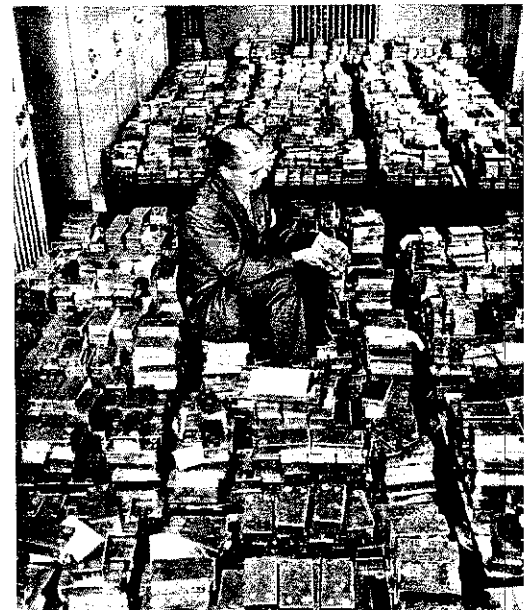
Daß es nicht schon längst zu einem Zusammenbruch des Währungssystems gekommen war, verdankten die Amerikaner allein der Bereitschaft ihrer Handelspartner, auch weiterhin ungedeckte Dollar in Zahlung zu nehmen. Seit Nixons Fernsehrede vom vorletzten Sonntag, mit der er die Goldtore des Fort Knox verrammelte, ist die Währungsleiche nun auch offiziell begraben. Amerikas Handelspartner forderte der Republikaner daher auf, „ein dringend benötigtes neues internationales Währungssystem zu schaffen“ — bei dem der Dollar nicht mehr als Leitwährung fungieren würde.

Darüber, wie ein solches Währungssystem auszusehen habe, gibt es bislang nur Spekulationen. Theoretiker, aber

auch Praktiker wie etwa Schillers Abteilungsleiter für Geld und Kredit Wilhelm Hankel, empfehlen, das Währungssystem völlig von nationalen Währungen zu lösen und statt dessen auf ein internationales Kunstgeld zu stellen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) solle — so die Experten — die in den Bilanzen der Notenbanken ausgewiesenen Dollar (bei der Bundesbank sind das allein Dollar im Wert von rund 40 Milliarden Mark) gegen sogenannte Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF umtauschen.

Dieses Papiergold wurde 1969 von den Mitgliedstaaten des IWF geschaffen und bildet seit Anfang 1970 neben Dollar und Gold das dritte internationale Zahlungsmittel. Nach dem Willen



Goldlager in New York
Das Währungssystem gleicht einer Leiche

seiner Schöpfer sollten die Sonderziehungsrechte die Versorgung des Welt Handels mit internationaler Liquidität von den Zufälligkeiten neuer Goldfunde und der Willkür der amerikanischen Zahlungsbilanzpolitik unabhängig machen. Allein für das kommende Jahr hatten die IWF-Mitglieder geplant, die Sonderziehungsrechte auf zehn Milliarden Dollar zu erhöhen — auf mehr als ein Zehntel der gesamten Weltwährungsreserven.

Nach den Vorschlägen der Experten müßte nun der bisherige Gold-Dollar-Standard durch ein System ersetzt werden, das allein auf Gold und Sonderziehungsrechten basiert: Der Wert sämtlicher Währungen — einschließlich des Dollars — würde in SZR-Einheiten festgesetzt. Die Sonderziehungsrechte selber aber wären nur an das Gold gebunden.

Als wirkungsvolle währungspolitische Nothilfe gegen Amerikas Hauruck-Pro-

gramm schien im Augenblick freilich nur eine gemeinsame Gegenwehr der USA-Handelspartner geeignet zu sein. Fast einhellig urteilte Westdeutschlands Konjunkturforscher-Garde, Schaden könne von der deutschen Wirtschaft nur dann abgewendet werden, wenn der Regierung jetzt gelinge, was Schiller im Mai mißlungen war: zumindest die EWG-Länder — besser auch noch Großbritannien und die Japaner — zu einer gemeinsamen Kursfreigabe gegenüber dem Dollar zu überreden.

„Man sollte floaten.“

Professor Armin Gutowski, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung, empfahl „ein allgemeines Floaten“ (Freigabe der bis jetzt festen Wechselkurse) als das „beste Druckmittel gegen die US-Importabgabe“. Denn sinkende Dollarkurse auf allen Devi-

Für die deutsche Industrie hätte dieser Plan, nach dem der amtliche Mark-Kurs laut Brüsseler Schätzungen um etwa vier Prozent gegenüber den EWG-Währungen aufgewertet werden sollte, einen großen Vorteil: Die durch das Floaten entstandene Aufwertungsrate von rund acht Prozent würde gegenüber den wichtigsten deutschen Handels-Partnern, nämlich den Europäern, halbiert. Die Exporte nach Frankreich, Italien und Belgien würden nicht so hart von der Dollar-Krise betroffen wie bisher.

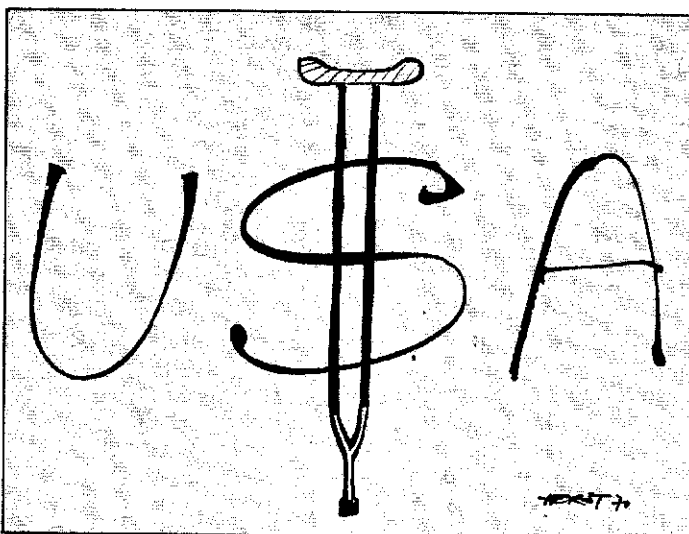
Selbst die zu früher Abendstunde in den Kabinettsaal gereichte Nachricht, die französische Regierung habe soeben jede Änderung oder Freigabe des Franc-Kurses ausdrücklich ausgeschlossen, konnte die Runde nicht erschüttern. Schillers einziges Bedenken: Der selbstbewußte französische Finanzminister-Kollege Valéry Giscard d'Estaing werde wieder abwinken, „wenn der Schiller-

ten zwischen Schillers freiwirtschaftlichem Plan, die EWG-Währungen gegenüber dem Dollar freizugeben, sie gleichzeitig aber intern fest aneinanderzuketten, und dem Zwangswirtschaftsvorschlag Giscard, den Devisen-Markt zu spalten — in Handelsdollar, die zu festen Wechselkursen, und in Finanzdollar, die zu flexiblen Wechselkursen gehandelt werden sollten. Schiller-Helfer Schöllhorn mokierte sich über den die Spekulanten herausfordernden französischen Kurswarr: „Man sollte eine Wechselstube aufmachen.“

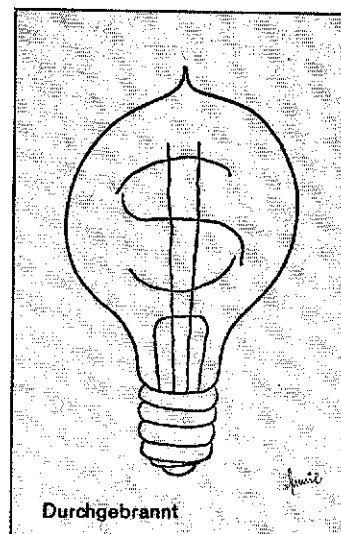
Dennoch versuchten die Deutschen einen Kompromiß, dem außer Frankreich alle EWG-Staaten zustimmten. Danach sollten die EWG-Währungen nicht mehr über den Dollar, sondern direkt aneinander verknüpft werden. Nach außen, im Verhältnis zum Dollar, sollte jedes Land je nach Gusto die gesamten Devisenkurse freigeben oder nach französischen Muster nur die



Le Canard enchaîné, Paris



Saarbrücker Zeitung



Frankfurter Rundschau

Karikaturen zur Dollar-Krise: „Das Gold ist die Sonne, der Dollar der Mond, diese Distanz ist unveränderlich“

senmärkten würden das Dollar-Angebot der Spekulation eindämmen.

Klaus Dieter Schmidt vom Weltwirtschaftsinstitut fand: „Das vernünftigste wäre natürlich, alle würden floaten.“ Und Otto Vogel, Konjunktur-Analytiker des Deutschen Industrieinstituts, machte die Gegenrechnung auf. Würden die Deutschen mit ihrem Floating-Manöver alleingelassen, dann zehre Nixons Wahlschlager im kommenden Jahr die ohnehin kärgliche Wachstumsrate von zwei Prozent auf. Vogel: „Wenn die anderen nicht mitmachen, dann sind wir es, die die Zeche zahlen.“

Um den Deutschen wenigstens einen Teil der Zeche zu ersparen, gelobte Karl Schiller am Mittwochnachmittag im Bundeskabinett, er wolle noch einmal alles daransetzen, die EWG-Partner für seinen Mai-Plan zu werben. Eine deutsche und holländische Aufwertungs-Vorgabe (gegenüber dem alten Kurs) sollte es den Franzosen erleichtern, auf Schiller-Kurs zu gehen.

Plan von einem Deutschen vorgetragen wird“. Doch Horst Ehmke empfahl sogleich, sich nicht lange bei französischen Empfindsamkeiten aufzuhalten: „Das muß man dem Jungen eben beibringen.“ Indes, Schillers Nachhilfeunterricht in dem anderntags eilig zusammengetrommelten EWG-Ministerrat verfiel nicht so recht. Gereizt verbat sich der Franzose Giscard „Art und Ton“ der Schiller-Vorlesung.

„Man sollte eine Wechselstube aufmachen.“

In 16stündigem Palaver verstrickten sich die EWG-Minister in einem Wust von Vorschlägen und versuchten, einen Gemeinschaftskompromiß zwischen den auf Kursfreigabe drängenden Deutschen und den auf starren Kursen und Devisenbewirtschaftung beharren-

Kurse für internationale Kapitalbewegungen. Nach diesem Papier hätten die Europäer ihre Wechselkurse untereinander neu festsetzen müssen. Auch die Franzosen hätten zumindest um eine kleine Marge gegenüber ihrer heutigen Parität, etwa zur Lira, aufwerten müssen. Doch dazu war wiederum Giscard nicht bereit.

Das deutsch-französische Währungs-Duell trieb die EWG-Partner nachts um zwei auseinander, ohne daß sie sich auf eine gemeinsame Strategie im Handelskrieg mit den USA hatten einigen können. Sie einigten sich in ihrem Communiqué (EWG-Kommissar Dahrendorf: „Wer daraus etwas macht, verdient den Pulitzer-Preis“) nur darauf, daß künftig alles erlaubt sein soll. Auch flexible Wechselkurse gelten nun als ebenso EWG-konform wie gespaltene Märkte.

Franzosen und Belgier wollen es bei der wiedereingeführten Devisenzwangswirtschaft und dem gespaltenen Dollarmarkt bewenden lassen, Deutsche

und Holländer wollen auf der Kursfreigabe bestehen, die Italiener haben sich für gar nichts entschieden.

Großbritanniens Schatzkanzler Anthony Barber, als mutmaßlich künftiger siebter EWG-Partner erstmals intimer Gast beim kontinentaleuropäischen Marathon-Gerangel, sah sich um die Hoffnung betrogen, aus Brüssel ein Signal für die Pfund-Abwertung zu bekommen. Barber, erschreckt über den wirren Währungs-Disput: „Ich bin kein Fachmann. Aber praktikabel scheint das Kursspalten nicht zu sein.“

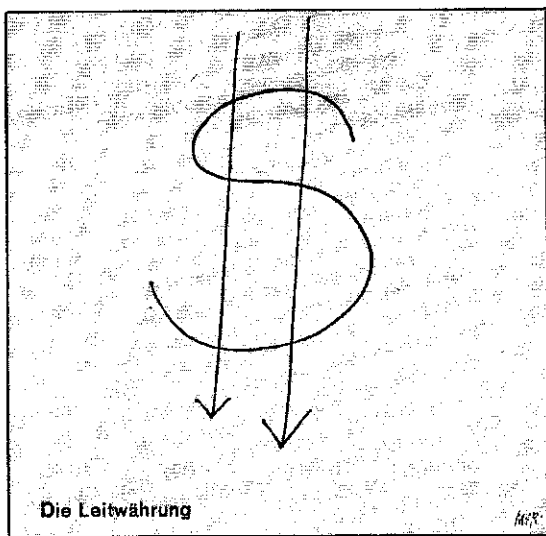
Angstgegner auf dem Weltmarkt.

Die Japaner, denen die amerikanischen Importsperrern noch größeres Ungemach bereiten als den Europäern, frohlockten über die Uneinigkeit ihrer

Schaumburg vor, was er für richtig hält. Danach sollen von Montag dieser Woche an Deutschlands Devisenhändler wieder Dollar zu den alten Bedingungen — also zu freien Kursen — an- und verkaufen dürfen.

Wenn die Dollarnotierungen so weit sinken, daß dadurch der Aufwertungseffekt der Mark die Konkurrenzfähigkeit der Exportwirtschaft überfordert, soll die Bundesbank am freien Devisenmarkt mit Dollarankäufen intervenieren, damit deutsche Ausfuhr auf den Weltmärkten nicht allzu teuer werden. Zugleich soll die Notenbank am Binnenmarkt durch eine allmähliche Zinssenkung die Kreditkosten senken. Besonders stark im Amerika-Geschäft engagierte Branchen hoffen überdies auf gezielte Hilfen aus Bonn.

Auf allzuviel Wohlwollen im Bundeswirtschaftsministerium kann sich die Wirtschaft dennoch nicht verlassen;



Die Leitwährung

Süddeutsche Zeitung



Dagens Nyheter, Stockholm

Angstgegner auf dem Weltmarkt. Sie gibt ihnen Gelegenheit, die fällige Yen-Aufwertung zu verschieben, um sich mit den Amerikanern in zweiseitigen Verhandlungen zu arrangieren und so vielleicht die Einfuhrsperrern etwas zu lockern.

Schiller und sein Kombattant Schöllhorn waren dennoch nicht unfroh, daß die Kompromißformel der Fünf schließlich am Widerstand Giscard's gescheitert war: „Das wäre ein schöner Salat geworden.“

Ein bißchen Grund zur Freude glaubt Schiller an der von Europa „eingesegneten“ (Schiller) nationalen Handlungsfähigkeit zu haben. Vor der Abreise nach Bonn bekannte er: „Ich bin eigentlich ganz froh, daß es nicht zu faulen Kompromissen gekommen ist. So können wir in Bonn wenigstens tun, was wir für richtig halten, und keiner kann uns in die Suppe spucken.“

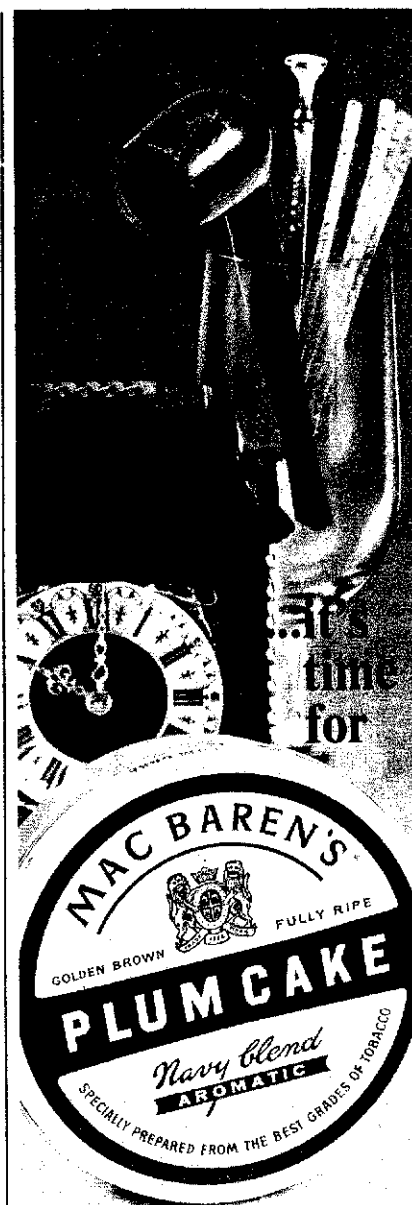
Freitag mittag trug der Bonner Wirtschafts- und Finanzminister seinem Dienstherrn Willy Brandt im Palais

denn die Sorgen der Industrie sind derzeit nicht identisch mit den Sorgen der SPD/FDP-Regierung.

Karl Schiller kann es nicht ungelegen kommen, wenn die derzeit abschwächende Konjunktur bei immer noch steigenden Preisen wegen der amerikanischen Maßnahmen in eine leichte Rezession mit mehr Stabilität übergleitet. Denn dann könnte er eine mögliche Arbeitslosigkeit und gebremste Löhne den Amerikanern anlasten und müßte sie nicht auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Regierung verbuchen lassen.

Der SPD-Wirtschaftsminister könnte sich dann wieder mit einem staatlichen Aufschwungprogramm profilieren, das Deutschlands Wähler schon einmal Karl Schiller mit Stimmen für die SPD gedankt haben.

Ein Kanzlerberater deutete den zweifelhaften Glücksfall des Karl Schiller in ein Verdienst der tüchtigen Regierung um: „Wir sind eben gut.“



Mac Baren's PLUM CAKE

Es ist wirklich an der Zeit, daß Sie diesen NAVY BLEND einmal testen:

Köstlich, duftend, aromatisch — das Flavour für den Kenner. Die Lieblingsmarke vieler Feinschmecker. PLUM CAKE — international beliebt wie alle

Mac Baren's Tobaccos

In jedem guten Fachgeschäft

Alleinimporteur
Joh. Wilh. von Eicken · Hamburg